Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 9

Artikel: Zum Thema der Opposition

Autor: Havel, Vaclav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076530

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vaclav Havel

Zum Thema der Opposition

Aus «Literarni Listy», Prag

Die Darlegungen des tschechoslowakischen Schriftstellers und Dramatikers Vaclav Havel zum Thema der Opposition stellen insgesamt einen grundsätzlichen und fundierten Einwand gegen die Auffassung der führenden Rolle der Partei dar, selbst wenn diese Auffassung in der vorsichtigen und gefahrenbewussten Formulierung des neuen Aktionsprogramms neu formuliert ist und eine Abkehr von der alten Machtposition fordert.

Wenn einige der Gedanken über die mögliche Form einer politischen Opposition in der heutigen Tschechoslowakei, so wie sie in etlichen offiziellen Reden aufgetaucht sind, zuweilen den Eindruck des Wunsches hinterlassen, man möge nun essen, was man sich gekocht habe, so soll uns das nicht verwundern. Die Tatsache, dass die progressiven und mehr zur demokratischen Gesinnung neigenden Leute innerhalb der Kommunistischen Partei in wenigen Wochen über die Konservativen zu triumphieren vermochten, bedeutet keineswegs, dass die Mitglieder dieser Partei — in deren Geschichte kein einziger Versuch unternommen wurde, nach dem Sieg der Bewegung das Einparteiensystem zu ändern — fähig sein würden, ernsthaft an eine Opposition zu denken, die ihnen bis vor kurzem ein Anathema war. Wenn sie dennoch so weit gehen, eine öffentliche Diskussion über dieses Thema zuzulassen, das bis anhin tabu war, sollten eigentlich alle jene, die dazu etwas zu sagen haben, diese Gelegenheit als Einladung begreifen, sich damit zu befassen.

Wettbewerb der Macht

Zunächst: Warum nimmt sich diese Einleitung so wenig begeistert aus?

Man hört recht häufig sagen, wegen unserer gegenwärtigen und künftigen Redefreiheit, die man als Wesen der Demokratie darstellt, werde die Funktion der Opposition einfach durch die öffentliche Meinung ausgeübt werden, die Zugang zu den Massenmedien hat. Diese Auffassung setzt den *Glauben* voraus, dass die Regierung aus der öffentlichen Kritik alle notwendigen Folgerungen ziehen werde. Aber die Demokratie ist nicht eine Angelegenheit des Glaubens, sondern der *Garantien*. Auch wenn wir einräumen, dass der öffentliche «Wettbewerb der Ansichten» die erste Bedingung ist, bleibt der wichtigste Faktor und das natürliche Ergebnis der Demokratie, gleichzeitig mit ihrer echten Gewährleistung, etwas anderes, nämlich der öffentliche und legale «*Wettbewerb der Macht*». Auch kann die öffentliche Meinung — etwa durch die Presse — die herrschende Macht nur dann effektiv kontrollieren und damit qualitativ beeinflussen, wenn sie den Rückgriff auf entsprechende Kontrolllmittel hat, das heisst, wenn sie zu einer öffentlichen Entscheidung führen kann, beispielsweise in Wahlen.

Am Ende bleibt die Tatsache, dass Macht nur Macht achtet. Eine Regierung kann nur dann zur Besserung gezwungen werden, wenn es um ihre Existenz geht, und nicht einfach um ihren guten Ruf. Uebrigens ist eine Regierung um so mehr imstande, die öffentliche Meinung durch eine «freiwillige» Einschränkung ihrer Freiheit zu beeinflussen, je weniger die öffentliche Meinung imstande ist, der Regierung gegenüber Autorität geltend zu machen. Und nicht nur das. Wenn der «Wettbewerb der Ansichten» den «Wettbewerb der Macht» ersetzt, ist sogar die Türe zu undemokratischen Vorgängen geöffnet. Wenn etwa Minister nicht durch das Parlament entlassen würden, sondern durch Television und öffentliche Versammlungen, dann hätte der Staatsbürger keine legale Kontrolle über die ausführende Gewalt und damit auch keinen präventiven Schutz vor ihrem Missbrauch.

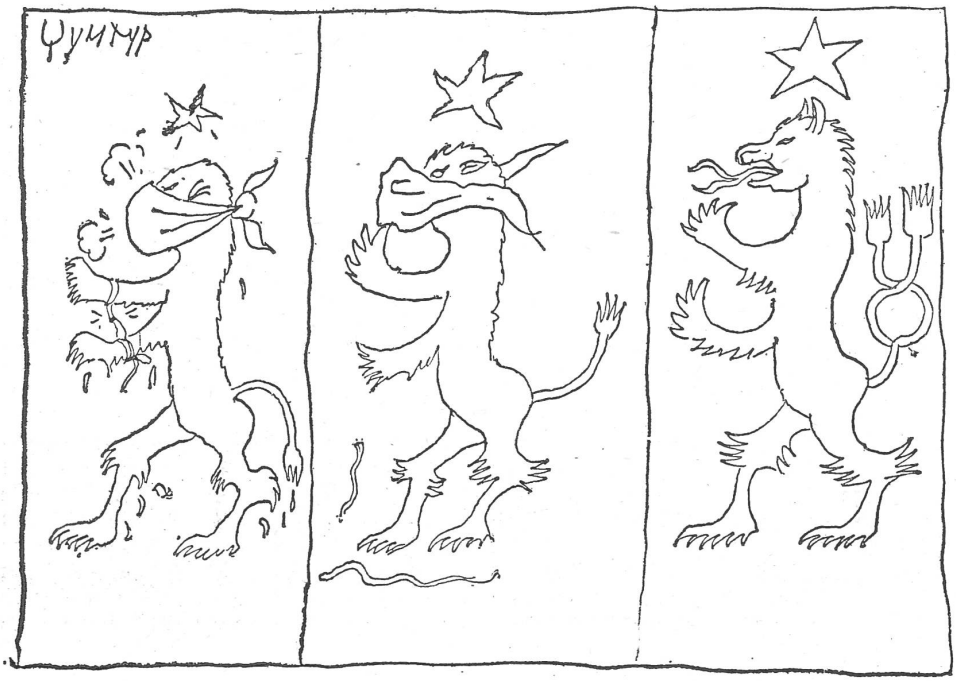
Demokratisierung der KP genügt nicht

Als illusorisch betrachte ich ferner die Annahme, dass interne Demokratisierung der führenden Partei, die Bereitschaft nämlich, so etwas wie interne Parteiopposition zu dulden, eine gnügende Garantie für Demokratie bilde. Illusorisch nicht nur deshalb, weil wirkliche Demokratie grundsätzlich jedermann in gleicher Weise zukommen soll, sondern auch deshalb, weil die bittere Erfahrung einer jeden Revolution uns zeigt: Wenn die politische Gruppe, welche die Macht übernimmt, rechtzeitig die *Kontrolle von aussen* wiederherstellt, muss sie früher oder später auch ihre eigene *Kontrolle von innen* verlieren. Langsam, aber sicher beginnt sie zu degenerieren. Innerhalb der Gruppe ist jeglicher interne Kontrolldruck zur Verbesserung der Führungsqualität so lange moribund, als er nicht durch einen Kontrolldruck von aussen gespiesen wird, der erst die Stärke der Gruppe als solche fördert. Statt sich kontinuierlich und natürlicherweise zu regenerieren, leidet die Gruppe an progressiver Sklerose und entfremdet sich zusehends der Wirklichkeit.

Das Ende eines solchen Vorganges ist zur Genüge bekannt. Ist die Situation unkontrollierbar geworden, bewirkt die erste unvorhergesehene Störung eine Explosion. Dann kommt die Zeit der blutigen Palastrevolutionen, der Staatsstreiche, Verschwörungen, Gegenrevolutionen und Selbstmorde. Das Fehlen legaler Garantien, deren rechtzeitige Einführung die Gruppe versäumt hatte, erweist sich nun als Bumerang. Die Gruppe liquidiert sich selbst. Mit andern Worten: Wenn die Kommunistische Partei nicht die rasche Entwicklung einer starken Kontrolle von aussen möglich macht, wird sie keine Gewähr haben, dass sie nicht wieder degeneriert. Es ist offensichtlich, dass interne Parteidemokratie ohne Demokratie für die Gesamtheit der Gesellschaft auf die Dauer nicht überleben kann. Die allgemeine Demokratie wird nämlich nicht von der Parteidemokratie garantiert; vielmehr ist es umgekehrt.

Individuelle Opposition?

Ein weiterer Gedanke ist zur Diskussion gestellt worden. Unabhängige Einzelpersonen könnten, so heisst es, in Wahlen und diversen Organisationen die Rolle der Opposition spielen. Ein klassisches Beispiel, finde ich, wie man der Opposition das Gras unter den Füssen wegmähen kann, bevor sie eine Chance hat, sich zu formen. Ein paar private Individuen, ohne jeden politischen Background, ohne jede Möglichkeit kollektiver Vereinbarungen und kollektiven Vorgehens, ohne Kandidaten, Koordination und eine breite



Das Erwachen des tschechischen Löwen. («Politika», Belgrad)

Plattform politischer Arbeit, mit einigen lokalen Rechten und Pflichten, diese paar privaten Individuen also hätten Front zu machen gegen eine perfekt organisierte und disziplinierte politische Partei mit einer Ideologie, einem Apparat, Presse- und Propagandaorganen, einem Programm für die gesamte Gesellschaft.

Bei Wahlen würden diese Kandidaten der Unterstützung ermangeln, die sich aus wohlbekannten Aktivitäten, Fähigkeiten und einem gesellschaftlichen Programm der Gruppe ergeben müssten, die sie portiert und zu der sie gehören. Im Unterschied zu den Kandidaten der führenden Partei hätten sie auf die klassischen, altbewährten Mittel zu verzichten, die Wählerschaft zu beeinflussen. Ohnehin kann und will deren überwiegende Mehrheit zwischen einzelnen Kandidaten keine Unterschiede machen, wogegen sie verlässlicherweise jederzeit allgemein anerkannten politischen Konzepten folgen wird. Ueberdies hätte diese zerstreute «Opposition» nicht die geringste Aussicht, irgendwelche wirksame und koordinierte Aktivität zu entfalten, welche diejenige der Kommunisten konkurrenzieren könnte. So kann die führende Partei einen «Wettbewerb der Macht» nicht ernst nehmen, der in seiner Organisation keine echte politische Kraft darstellt. Ebensowenig kann die führende Partei glauben, dass sie durch eine solche Opposition einem auch nur irgendwie ernsthaften Test ihrer Qualität unterzogen wird.

Die gesellschaftlichen Organisationen

Ein anderer Typ von potentieller Kontrolle oder auch tatsächlicher Opposition schimmert zuweilen bei gesellschaftlichen Organisationen oder Gruppierungen von Sonderinteressen durch. Indessen ist auch das nicht eine gesunde Lösung, wenn auch einige dieser Organisationen mit der Zeit zu gewissem Ausmass an politischen Einfluss gelangen mögen. Doch sind sie auf andern Grundsätzen aufgebaut als auf jenen der politischen Ueberzeugung, und sie dienen auch nicht dem Zweck, Teil an der politischen Macht des Staates zu haben. Sie können nicht die Rolle eines Organs übernehmen, das die Machtausübung kontrolliert, aus dem einfachen Grunde, dass ihnen die fundamentale Bedingung dazu abgeht, nämlich die Unabhängigkeit von dem, was sie kontrollieren müssten. Die Mitgliedschaft in diesen Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in der führenden Partei vereinbar, ja weit mehr als das, sind doch die höchsten Funktionäre dieser Organisationen fast auschliesslich Mitglieder der Partei, ihren höheren Gremien untergeordnet und ihnen gegenüber verantwortlich für die Führung der betreffenden Spezialorganisation.

Nennen wir zu all dem noch das wohlbekannte System der Parteigruppen, die von der Partei vorgelegte Kandidatenliste, das Wahlsystem der Parteidisziplin, zu dem noch die Wahlregeln kommen, die es einem nichtkommunistischen Wähler praktisch verunmöglichen, seine Stimme einem oppositionellen Kandidaten zu geben, so können wir verstehen, dass eine tatsächliche Kontrolle von aussen schwer vorstellbar ist, selbst wenn die Praxis der Wahlmanipulation gewisse Aenderungen erfährt, was gewiss zu erwarten ist.

Zweifellos scheint der Trend zu einer Differenzierung unter den Organisationen zu gehen, zu einer Unterteilung mancher dieser künstlich geeinten und schwerfälligen Kolosse. Es würde somit nur unserer Entwicklung widersprechen und letztlich ohnehin zu nichts führen, wenn man versuchen wollte, durch eine Art politischer Integration oder Koalition dieser Organisationen so etwas wie einen Block politischer Kontrolle zu schaffen.

Die bisherigen «Parteien»

Am einleuchtendsten und leichtesten wäre es, eine Opposition auf die Art zu bilden, wie sie denn auch von offiziellen Quellen am häufigsten erwähnt wird, nämlich durch die Regeneration der bestehenden politischen Parteien in der Nationalen Front. Nun kann man nicht zum vornherein ausschliessen, dass die fähigen Kräfte zu einer solchen Opposition sich in den betreffenden Parteien durchsetzen könnten; persönlich glaube ich allerdings nicht, dass sie es könnten. Im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre, in denen diese Parteien und ihre Vertreter sklavisch allem zustimmten, was die führende Partei tat, haben sie sich, fürchte ich, so weitgehend kompromittiert, dass ihre Vorteile, nämlich ihre bestehenden Organisationen, Presseorgane usw., den Nachteil nicht aufwiegen werden, der in der Schwierigkeit liegt, das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen. Abgesehen davon, dass es so leicht, und nicht einmal ungerechtfertigt wäre, dies eine «Rückkehr zu den überlebten und veralteten Formen der bourgeoisen Demokratie» zu nennen, genau die Kritik, die man häufig aus offiziellen Quellen vernimmt, wenn der Gedanke einer Opposition auftaucht. Im wesentlichen wäre es tatsächlich nur der Versuch, die mumifizierten Ueberreste der politischen Kräfte vor dem Februar (1948) zurückzurufen, und diese waren sogar damals schon äusserst fragwürdig.

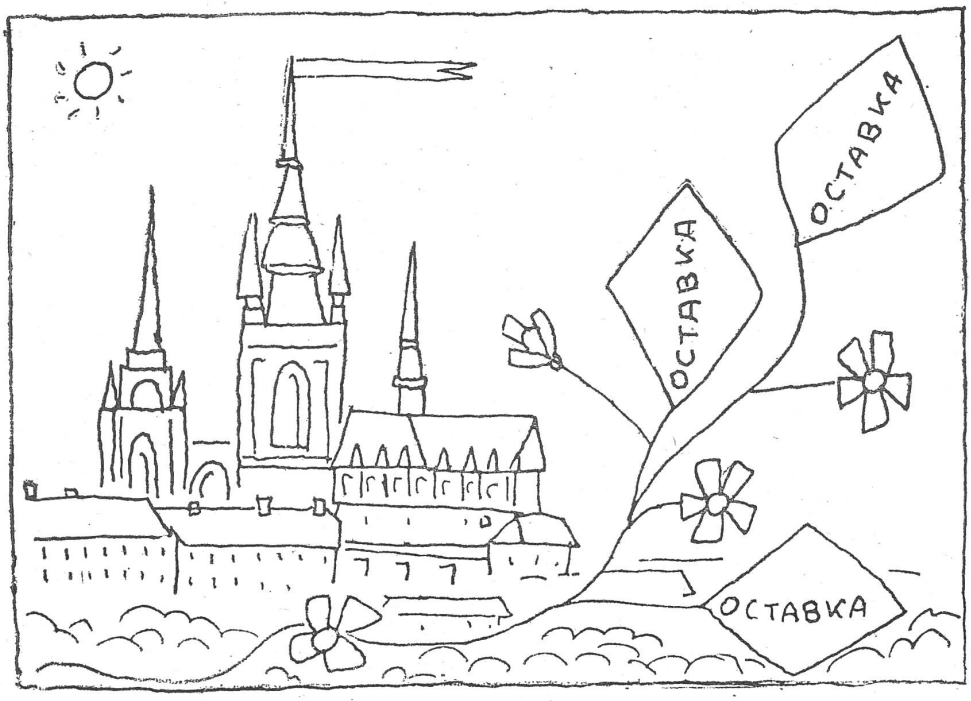
Dass alle diese Konzeptionen so lendenlahm sind, ist auf eine Tatsache zurückzuführen: keine von ihnen ermöglicht eine echte Alternative. Seien wir aufrichtig! Man kann nur dann ernstlich von Demokratie reden, wenn die Bevölkerung die Gelegenheit hat, diejenigen frei zu wählen, die sie regieren soll. Und das wiederum setzt das Bestehen von wenigstens *zwei vergleichbaren Möglichkeiten* voraus. Konkret gesagt, von zwei gleichberechtigten und gegenseitig unabhängigen politischen Kräften, die beide die gleiche Chance haben, zur führenden Macht im Lande zu werden, wenn das Volk es so entscheidet.

Für eine zweite Partei

Solange es in unserm Lande aktuell ist, die Existenz der Kommunistischen Partei als Partei anzuerkennen, solange bleibt es auch aktuell, eine *zweite politische Partei* als vollwertigen Partner im «Wettbewerb der Macht» zu fordern, im Sinne einer vollen Gewährleistung der Kontrolle von aussen. Nach meiner Ansicht — natürlich könnte mich jemand eines Besseren belehren — besteht die einzig logische und unter unsern Bedingungen auch tatsächlich wirksame Art, das Ideal des demokratischen Sozialismus zu erreichen, in einer regenerierten und sozialistischen Gesellschaftsstruktur, die auf das *Zweiparteienmodell* ausgerichtet ist.

Da diese Parteien offensichtlich nicht auf Klassen und damit auf Klassenprogramme und gegensätzlichen Interessen basiert wären, könnte ihr Verhältnis zueinander auf einen geschichtlich neuen Typ der *Koalition* und Kooperation gegründet sein. Diese Parteien würden zwar ihre volle Unabhängigkeit zur Ausübung der gegenseitigen Kontrolle aufrechterhalten, wären aber durch Uebereinkunft dem gleichen grundlegenden Ziel verpflichtet, dem humanen, sozial gerechten und zivilisierten Willen der Nation zum demokratischen Sozialismus. Dies könnte detailliert in einem «nationalen Programm» festgehalten werden, das für beide Parteien (und möglicherweise auch für andere gesellschaftliche Organisationen) verbindlich wäre. Dieses würde beispielsweise auch die Grundlagen der Aussenpolitik usw. definieren. Wie und wie weit dann das Programm eingehalten würde, welches ferner seine allfälligen zukünftigen Modifikationen zu sein hätten, das würde dann eben durch die Bevölkerung in

Der «Wettbewerb der Ansichten» ist da (Bild: freie politische Diskussion in Prag), aber es braucht den «Wettbewerb der Macht». Diesen versagt das neue Aktionsprogramm der Partei.



Prager Frühling 1968: Die Rücktritte spriessen. («Pobjeda», Titograd)

allgemeinen Wahlen beurteilt werden. Sie würden das Vertrauen in beide Parteien als Koalition und in jede von ihnen separat widerspiegeln.

Obwohl es mich als Schriftsteller, als einem, der in der Sphäre von Fiktion und Phantasie arbeitet, amüsieren würde, ein sozusagen positives Programm für eine nichtexistente Partei zu schreiben und es auf verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Lebens zu projizieren, bin ich doch zu vernünftig, es zu unternehmen. Ohne Armee soll man keine Strategie entwerfen. Politische Programme entspringen nicht der Schublade von Schriftstellern, sondern nur den täglichen politischen Aktivitäten jener, die sie verwirklichen, ihren laufenden Reaktionen auf die Interessen, denen die Bewegung verpflichtet ist, ihrer anhaltenden Konfrontation mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, mit der öffentlichen Meinung, mit Expertenanalysen usw. Somit will ich mich auf allgemeine Bemerkungen beschränken.

Die Demokraten, die nicht in der KP sind . . .

Heute erwähnt man häufig eine starke und spezifisch tschechoslowakische Tradition von Demokratie und Humanität. Aber gleichzeitig neigen wir dazu, die direkte Bedeutung dieser Aussage zu vergessen: dass es nämlich viele wirklich demokratisch und humanistisch gesinnte Leute in diesem Lande gibt, die sich der Teilnahme am politischen Leben, d. h. innerhalb der KPTsch, enthalten haben, sei es wegen ihrer Ueberzeugungen oder einfach deshalb, weil sie die Praktiken der Kommunistischen Partei nicht als genügend demokratisch und humanistisch betrachteten. Hier sind die potentiellen Wurzeln einer neuen Partei. Sie lassen gleichzeitig auch die möglichen Umrisse einer Konzeption erkennen, die auf den traditionellen demokratischen und humanistischen Geist gegründet wäre. Es würde sich also um eine Art *demokratischer Partei* handeln. Was natürlich nicht heisst, dass eine solche Partei Anspruch darauf erheben könnte, einziger Verfechter der Demokratie zu sein, ebensowenig, wie die Kommunistische Partei den Anspruch erheben kann, die einzig tatsächlich sozialistische Kraft zu sein. Demokratie und Sozialismus können nur Aspekte einer Gesamtgesellschaft sein, deren Entwicklung jedermann angeht. Und wenn die Kommunistische Partei und die demokratische Partei die zwei hauptsächlichen Partner sein sollten, würden ihre Namen bloss die symbolische Garantie der zwei Pole einer gemeinsamen «Koalitionsaufgabe» darstellen, kurz den demokratischen Sozialismus.

Gleichzeitig würde ich den Gedanken, eine demokratische Partei auf diese Art zu bilden, gelinde gesagt als eine Art nationaler Wiederbelebung betrachten. Die Betonung der Kategorien auf Kosten der Personen und die Betonung allgemeiner Ideale, in deren Namen das Recht der Individuen auf ihr eigenes Geschick in den Jahren der Diktatur unterdrückt wurde, hat das Land an den Rand einer moralischen Krise gebracht, wie heute häufig genug betont wird. Das traf namentlich auf die Periode progressiver Degeneration des Systems zu, als mit Befehlen regiert wurde, als eine entmenschte Parteibürokratie mit ihrem allumfassenden phraseologischen Ritual, das mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein hatte, charakteristisch war. Das allgemeine Sinken der Arbeitsdisziplin in der Wirtschaft ist nichts weiter als das natürliche Ergebnis dieses demoralisierenden Systems.

Zurück zum Menschen als Mittelpunkt

Unbelastet von den Voraussetzungen und Folgen dieses Vorganges— mit dem sich die Kommunistische Partei in ihren Reihen noch lange unter Schwierigkeiten zu befassen haben wird — könnte die neue Partei viel rascher wieder die menschliche Persönlichkeit an ihren richtigen Platz, nämlich im Zentrum der Aufmerksamkeit, rücken und den Menschen wieder als *Massstab für die Gesellschaft und das System* einsetzen.

Indessen dürfte eine solche Partei den abstrakten Begriff des Individuums nicht als Grundlage für ein neues phraseologisches Ritual adoptieren. Vielmehr müsste sie eine praktikable und einfache Haltung einnehmen, die sich im Interesse für das spezifisch Menschliche äussern würde. Dieser Bezug dürfte nicht zum vornherein durch ideologische Schranken verbaut werden, die ihn nur von den unmittelbaren und spezifischen Anliegen des Individuums trennen würden.

Die neue Partei würde ihr Anliegen durch Verfechten spezifischer menschlicher Rechte, Forderungen und Interessen äussern. Zunächst ginge es darum, konkret, aktiv und unbedingt jene Werte zu rehabilitieren, die bis vor kurzem als «metaphysisch» betrachtet wurden, so etwa Gewissen, Nächstenliebe, Aufrichtigkeit, Mitgefühl, Vertrauen, Verständnis usw. Dann ginge es um eine Einstellung gegenüber menschlicher Würde und Achtung vor dem Individuum, ferner auch um die Erwägung moralischer Eigenschaften von Führern usw.

Im Ergebnis, scheint mir, würden neue Möglichkeiten für Personen verschiedener Altersgruppen und gesellschaftlicher Stellungen, verschiedenen Glaubens und verschiedener Ansichten geboten, die infolge ihres konkreten Humanismus ungerechterweise an die Peripherie des sozialen Lebens getrieben wurden. Dann aber würden sich die neuen Möglichkeiten in weitem Ausmass auch für die junge Generation öffnen. Soweit ich mich in den Anstrengungen dieser Generation, sich selbst zu finden, umgesehen habe (ich denke beispielsweise an die verschiedenen Erklärungen aus der studentischen Bewegung, die ich übrigens heute als eine der wenigen gesellschaftlichen Kräfte betrachten, die sich tatsächlich nach echter politischer Unabhängigkeit sehnen), komme ich zum Schluss, dass ein solches Klima gerade für diese Generation besonders attraktiv wäre . . .

Können auch Nichtkommunisten recht haben?

So viel denn zum Thema einer zweiten Partei. Als Schlussfolgerung möchte ich etwas erwähnen, was ich als sehr wichtig betrachte: Ich fürchte, dass sich unter der nichtkommunistischen Mehrheit der Nation so lange keine breitere und aktivere politische Kraft bilden wird, als es unmöglich ist, in gewissem Ausmass eine grundsätzliche politisch-moralische Anerkennung eines nichtkommunistischen Gesichtspunktes zu erlangen. Sie müsste aus der Akzeptierung gewisser evidenter Tatsachen hervorgehen und hätte sich in bestimmten unzweideutigen politischen Aktionen zu manifestieren, in der Wiedergutmachung von Unrecht, die bis dahin von niemandem versucht worden ist. Ohne diese Anerkennung, und zwar als ausdrückliche moralische Basis für jegliche weitere Aktivität, werden die Nichtkommunisten, scheint mir, nie volles Vertrauen in die Erfolgsmöglichkeiten ihrer politischen Unternehmungen haben. Das ist auch gar nicht so verwunderlich. Es ist schwierig, sich ernsthaft und eigenständig zu engagieren, wenn man nicht die kleinste Garantie hat, dass ein kommunistischer Irrtum nicht ein für alle Male fundamental besser ist als eine nichtkommunistische Wahrheit. Und wenn etliche Nichtkommunisten kommunistische Irrtümer erkannten, als die Kommunisten noch keine Ahnung hatten, dass irgend etwas nicht in Ordnung war, dann ist diesen Nichtkommunisten die bessere Einsicht zuzuge-

stehen, so wenig das auch schmecken mag. Sollte das nicht möglich sein, müsste es bedeuten, dass die Kommunisten eine Sonderart von Uebermenschen sind, die grundsätzlich immer recht haben, auch wenn sie einen Fehler begehen, während die Nichtkommunisten grundsätzlich immer im Irrtum sind, auch wenn sie recht haben. Unter solchen Umständen müssten die Nichtkommunisten dumm sein, sich für irgend etwas zu engagieren. Wenn die Kommunisten das Recht haben, von Zeit zu Zeit zu irren, so müsste auch den Nichtkommunisten das Recht zugestanden werden, von Zeit zu Zeit recht zu haben. Andernfalls hat es für sie keinen Zweck . . . ■

Vietnam

(Fortsetzung von Seite 1)

gierung an Autorität gewonnen. Die Wahlen von 1966 und 1967 hatten, was ihnen auch immer zur echten Bestellung an Volksvertretung ermangelte, ein grösseres Ausmass an demokratischer Willenskundgebung gestattet, als man einem kriegszerrissenen Land normalerweise zumuten könnte (und man überhaupt sonst von andern Ländern der dritten Welt erwartet, an die man in Westeuropa seltsamerweise auch unter Friedensumständen viel weniger strenge Anforderungen stellt als an Vietnam). Jedenfalls war es der Bevölkerung durchaus möglich gewesen, die vom Vietcong befohlene Stimmenthaltung auszuüben, was sie auch teilweise tat, zum überwiegenden Teil aber eben nicht. Und weil diese Alternative in tatsächlich echter Weise bestand, bedeutete der Ausgang wenigstens etwas, nämlich eine Absage an den Vietcong.

Hanoi dagegen hatte es in dieser Zeit an entscheidenden nationalen Erfolgen gefehlt. Militärisch war man nicht vorangekommen, und die Hilfe sowohl der UdSSR (Nahost-Engagement) als auch Chinas (Kulturrevolution) liess zu wünschen übrig.

Erst aus dieser keineswegs siegesschwangeren Ausgangslage heraus wurde das Bedürfnis nach einer Generalaktion dringlich, in deren Mittelpunkt die Tet-Offensive stehen sollte. Ziel war der militärische und psychologische Sieg über die amerikanischen Truppen, die Desintegration der südvietnamischen Armee und schliesslich der allgemeine Volksaufstand.

Dieser wiederum hätte politisch unmittelbare Folgen erzielen müssen: Nach aussen Verhandlungsfrieden mit der Opferung Südvietnams unter dem Druck der Weltmeinung. Nach innen Regierungsbildung unter Führung der Nationalen Befreiungsfront. Dazu waren übrigens die nötigen «spontanen Volksorganisationen» zum voraus gebildet worden, was jetzt anhand von Dokumenten nachgewiesen werden kann. Auch die andern Elemente des «Volksaufstandes», wie die im richtigen Zeitpunkt abzugebenden Erklärungen der Bevölkerung usw. waren bis in die Einzelheiten hinein vorbereitet. Das Ausland hätte das alles ohnehin geglaubt, und das bessere Wissen im Inland würde ja keine Ausdrucksmöglichkeit mehr gehabt haben.

Die Tet-Offensive mit dem normalen Ueberraschungsmoment jeder Guerilla-Aktion (die natürlicherweise Ort, Zeit und Intensität des Angriffs bestimmt) plus ihrem besonderen Feiertagseffekt begann am 31. Januar nach einer mehrmonatigen Vorbereitung, die eine im Schutz erhöhter terroristischer Tätigkeit durchgeführte Neubewaffnung der Vietcong-Kampftruppe von 240 000 Mann einschloss. Auf der Gegenseite befanden sich im gegebenen Augenblick 40 Prozent der Truppenbestände im Tet-Urlaub.

Dem Angreifer brachte die Offensive in Vietnam selbst ausser dem anfänglichen Terraingewinn (einschliesslich der zeitweiligen Eroberung von Hué) folgende Vorteile:

- Die Kontrolle auf dem Land wurde ausgedehnt, was die Möglichkeiten für die Rekrutierung und Steuererhebung erweitert;
- die südvietnamische Wirtschaft erlitt Verluste, und die Industrialisierung wurde zurückgeworfen;
- der internationale propagandistische Erfolg der Offensive belastet auch in Südvietnam die militärische Führung mit politischen Rücksichten.

Demgegenüber stehen aber, wiederum im Lande selbst, die Misserfolge Nordvietnams und des Vietcong. Auf dem nationalen Schauplatz überwiegen sie:

- Trotz besonders günstiger Voraussetzungen blieb ein militärischer Sieg aus. In sechs Wochen fielen auf Seiten des Vietcong rund 50 000 Mann, auf der Gegenseite aber knapp 5000;
- die erwarteten Massenüberläufe aus der südvietnamischen Armee trafen nicht ein. Die Truppen, welche die Städte bewachten, schlugen sich sogar gut bis hervorragend;
- das Volk hat sich nicht erhoben, sondern in erstaunlichem Ausmass hinter die Regierung gestellt.;
- die Stadtbevölkerung hat ihre erste massive Konfrontation mit Nordvietnam und Vietcong mit einer erhöhten Abwehrbereitschaft quittiert, was den Angreifer wohl ebenso überrascht haben dürfte wie anderswo die Experten (welche sich allerdings im Unterschied zu den Kombattanten erlauben dürfen, Nichtpassendes zu übersehen).

*

Nun bleibt es freilich eine Tatsache, dass die internationale, und namentlich die amerikanische, Einschätzung der Lage in Vietnam auf diese zurückwirkt. Auch in dieser Hinsicht zeichnet sich übrigens eine Ueberraschung ab: Die Möglichkeit einer amerikanischen Kursänderung hat den Selbstbehauptungswillen Südvietnams nicht vollends verschüttet, sondern, soweit sich bis jetzt ersehen lässt, im Gegenteil gestärkt. Und dies ist ein Kriterium, das sowohl seine politisch-effektive wie auch seine moralische Wichtigkeit hat. ■

Die Kybernetik im Sowjetsystem ❼

Kybernetik, Psychologie, Linguistik

Von Michael Csizmas

Die Kybernetik hat uns mit dem Paradoxon vertraut gemacht. Maschinen von landläufigem Aussehen, verschiedenen Ausmassen, doch im allgemeinen nicht allzu gross, zumeist in grauer Farbe, mit einigen Schaltern und einigen Indikatorgeräten — das ist ungefähr alles. Oder, besser gesagt, das ist bloss der äussere Aspekt. Denn die Ergebnisse überschreiten bei weitem die Leistungen, die man von so bescheiden aussehenden Maschinen erwartet.

Das Erscheinen der Kybernetik und die damit verbundene starke Tendenz zur Mathematisierung aller Wissenschaften rief auch das Bestreben hervor, von kybernetischen Positionen aus an die Erforschung komplizierter, schwer erfassbarer Mechanismen der psychischen Tätigkeit des Menschen heranzugehen. In der Psychologie begann man mit kühnen Versuchen, das Verfahren des kybernetischen Modellierens, die Informationstheorie und die Theorie der Algorithmen anzuwenden. Die Psychologie ist dazu berufen, der engste Verbündete der Kybernetik zu werden. Es ist verständlich, dass für die Entwicklung kybernetischer Vorrichtungen, die höhere intellektuelle Fähigkeiten der Menschen modellieren sollen, die Kenntnis der psychologischen Mechanismen seiner Denktätigkeit erforderlich ist, d. h. man muss wissen, wie der Mensch verschiedenartige Aufgaben löst.

Es hat sich in der Sowjetunion, in Rumänien und anderen osteuropäischen Staaten eine Gruppe von Wissenschaftern (Psychologen und Kybernetiker) gebildet, die auf eine neue Weise an die Erforschung des Denkens herangehen. Hilfe leistet ihnen die elektronische Rechenmaschine. Zunächst wird sorgfältig beobachtet, wie der Mensch irgendwelche Aufgaben löst. Das Beobachtungsprotokoll (den Prüflingen wird aufgegeben, laut denkend eine Aufgabe zu lösen) und die wesentlichen bei der Lösung angewendeten Verfahren und Schritte werden festgehalten. Auf Grund einer solchen Analyse stellt man das Programm für die Rechenmaschine auf. Auf diese Weise wurden sogenannte kritische Programme aufgestellt, die das Lösen einiger Verwaltungsaufgaben durch den Menschen imitieren, einer Rechenmaschine das Schachspielen ermöglichen (allerdings nicht auf dem Niveau der Grossmeister) usw. Zweck dieser Arbeiten ist es, mit Hilfe der elektronischen Rechenmaschinen die Richtigkeit bestimmter Denktheorien zu überprüfen. Wenn die Rechenmaschine beim Lösen verschiedener Aufgaben nicht zu dem gleichen Ergebnis kommt, so kann man mit grosser Gewissheit die Schlussfolgerung ziehen, dass unser Wissen vom menschlichen Denken Lücken enthält und dass unsere Beobachtungen unvollständig oder falsch sind.

Ein neuer Zweig der Psychologie

Auf dem Gebiete des automatischen Regelns ist die Psychologie ein nicht minder enger Mitarbeiter der Kybernetik. Zunächst glaubte man, dass mit steigender Automatisierung der Produktion der Mensch immer weniger an ihr teilnehmen werde. Jetzt wurde etwas anderes gewiss: Ohne Menschen kann man in keinem automatisierten System auskommen, seine Mitarbeit ist in jedem beliebigen Regelungssystem erforderlich. Die Maschine kann nicht mit dem Menschen konkurrieren, dessen Hauptvorzug darin besteht, dass er unter dynamischen Bedingungen Aufgaben